Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 252 — Mittwoch, den 26. Oktober 1932 — 27. Jahrgang

Der Reichskanzler vor dem Handwerk

Papen über die bisherigen Maßnahmen und die Hilfe für den gewerblichen Mittelstand

Berlin, 24. Oktober. Die Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerks wurde mit einer kurzen Ansprache des Präsidenten der Handwerkskammer eröffnet, der vor allem dem Reichskanzler für sein Erscheinen den besonderen Dank der Versammlung aussprach.

Obermeister Lohmann schilderte darauf die Not des Handwerksstandes. Der Redner klagte über zu hohe Beiträge für die Sozialversicherung und verlangte Neuordnung der gesamten sozialen Versicherung unter weitestgehender Einschaltung der berufsständischen Selbstverwaltung. Auch die starre Zwangsbewirtschaftung der Löhne und die Gleichsetzung des Handwerks mit der Industrie auf diesem Gebiete werde vom Handwerk als hauptschuldtragender Faktor an seiner Not angesehen, das die durch die letzte Notverordnung gewährte Auflockerung des Tarifzwanges als ersten, aber bei weitem nicht ausreichenden Schritt begrüße. Das Handwerk rufe — mit felsenfestem Vertrauen zu der lang ersehnten starken und zielbewußten Staatsführung — dem obersten Beamten des Deutschen Reiches zu, dem Artikel 164 der Reichsverfassung, der Schutz und Förderung des selbständigen Mittelstandes verspricht, endlich wirklichen Sinn und Inhalt zu geben.

Hierauf ergriff

Reichskanzler von Papen

das Wort. Bewährt habe sich im Regierungsprogramm, so führte er u. a. aus, vor allem der Grundgedanke, in erster Linie die Initiative des Unternehmertums wieder anzuregen und den für Handwerk und Kleingewerbe entscheidenden Binnenmarkt zu stärken. Auch die auf der Zentrumstagung in Münster kürzlich ausgesprochene Kritik des Wirtschaftsplanes bedeute im Kern eine Zustimmungen zu den Grundideen des Programms der Regierung. Wenn man allerdings als „Kardinalfehler" dieses Programms eine angebliche einseitige Hilfe feststellen zu können geglaubt habe, so gehe dieser Vorwurf völlig fehl. Der Reichskanzler befaßte sich dann eingehend mit dem Verbesserungsvorschlag,

das Steuergutscheinsystem auch auf die Einkommensteuer auszudehnen

und erläuterte seine technische und praktische Undurchführbarkeit. Die Reichsregierung habe sich mit dieser Frage eingehend befaßt. Die Ausdehnung des Steuergutscheinverfahrens auf die Einkommensteuer würde dem Arbeitgeber die Möglichkeit geben, mit den Steuergeldern seiner Arbeitnehmer zu spekulieren. Wollte man gar solche doch auf kleine Beträge lautende Steuergutscheine, „unmittelbar in Verbrauch" umsetzen, so würde man damit doch eine starke Ausweitung der Zahlungsmittel, unzweifelhaft eine wirklich begründete Inflationsgefahr, heraufbeschwören. „Wir haben unser Programm auf dem Boden psychologischer und materieller Tatsachen aufgebaut und es nicht in den leeren Raum hineinkonstruiert, wie es bei so manchen Heilsverkündern der Fall ist, die zwar phantasiebegabter sein mögen als wir, aber Luftschlösser bauen, wo nur ernst bedachte Ueberlegung weiterhilft!" — Der Kanzler begrüßte in diesem Zusammenhang die auf der Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes ausgesprochene Bereitschaft der Gewerkschaften, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsprogramms zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Er hoffe, daß damit nicht nur Abwarten und Beiseitestehen ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit in Aussicht gestellt werde.

Der Kanzler schilderte dann

die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf die handwerkliche Wirtschaft.

Insgesamt würden in den nächsten Monaten öffentliche Arbeiten in Höhe von nahezu ¾ Milliarden RM. in Auftrag gegeben werden. Pläne für weitere öffentliche Arbeiten, davon in großem Umfange von den Kommunen, seien in Vorbereitung. Mit Nachdruck werde darauf hingewirkt, daß bei diesen Arbeiten, soweit technisch irgend möglich Handwerk und Mittelstand herangezogen würden. — Eingehend erörterte der Kanzler die Vorteile, die sich aus den Steuergutscheinen und der Beschäftigungsprämie für das Handwerk ergeben. Gerade beim Handwerk sei eine Möglichkeit zur Neueinstellung gegeben und die Höhe der Prämie, etwa 1.30 Mark pro Arbeitstag gebe die Möglichkeit, dem Kunden in der Kalkulation entgegenzukommen. — In diesem Zusammenhang teilte der Kanzler mit, daß die Reichsregierung zurzeit eine Verordnung vorbereite, die

die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand

einer periodischen Prüfung unabhängiger Stellen unterwerfe, und eine Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand zum Ziele habe. Grundsätzlich stehe die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand sich auf die Betriebe und Produktionszweige beschränken solle, deren Bedeutung für das Volksganze so groß und deren Struktur so einfach sei, daß sie zentral bewirtschaftet werden können. Der Kanzler verwies dann auf die Maßnahmen, die der besonderen Not des Handwerkerstandes steuern sollen, wie die Bereitstellung von 50 Millionen RM. für die Vornahme von Hausreparaturen. Bereits in zehn Tagen seien, wie aus Kreisen des Hausbesitzes mitgeteilt werde, Anmeldungen für Reichszuschüsse zu Reparaturen an Hausgrundstücken in etwa 250 Orten

im Gesamtbetrage von rund 28 Millionen RM

eingegangen. Insgesamt werde mit Auftragserteilungen von 300 bis 400 Millionen RM. gerechnet. Weiter begründete der Kanzler, warum sich eine Kontrolle der so schwer schädigenden Schwarzarbeit für das Handwerk nicht ermöglichen lasse, da die Durchführung und Ueberwachung eines Kontrollapparates von so großem Ausmaß bewirken würde, daß die Kosten in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolgen stünden.

Die Schwarzarbeit

sei wirksam nur durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu bekämpfen. Eine Beeinträchtigung des Handwerks durch den Freiwilligen Arbeitsdienst sei wegen dessen genauer Abgrenzung nicht zu befürchten.

Die Reichsregierung sei sich aber, so fuhr der Kanzler fort, bewußt, daß vor Uebernahme von Aufträgen besonders die kleinen und mittleren Betriebe der Zuführung neuen Kapitals bedürften. Sie habe deshalb der Bank für deutsche Industrieobligationen 50 Millionen RM Reichsschatzanweisungen zugeführt, die diese in die Lage setzen sollen, längerfristige Kredite an kreditbedürftige Unternehmer, insbesondere des Kleingewerbes, zu geben. Die Reichsregierung sei auch bereit, den gewerblichen Kreditgenossenschaften zu helfen, indem sie Reichsbürgschaften in einem Gesamtausmaß von 65 Millionen übernehme, um die Zahlungsbereitschaft dieser Institute wieder herzustellen, ferner aber auch den gewerblichen Kreditgenossenschaften verlorene Zuschüsse, die sie aus eigener Kraft nicht auszugleichen vermögen, gewähre. Für diesen letzteren Zweck seien bereits 25 Millionen RM. ausgegeben worden. Eine begrenzte Fortführung dieser Hilfsaktion werde zunächst vorbereitet. — Der Kanzler verwies auf das Anhalten der Besserung der Weltwirtschaftslage, sodaß das Vertrauen in eine günstige wirtschaftliche Fortentwickelung wieder gerechtfertigt sei. Allenthalben dränge der in der Depression aufgestaute Erneuerungsbedarf, insbesondere an Fabriken und Wohnhäusern, nach Befriedigung. Dieser Bedarf sei der beste und nachhaltigste Anstoß für einen Wiederaufstieg der Produktion. Erleichternd komme hinzu, daß die Geldflüssigkeit auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten größer sei, als je zu beobachten war. Diese Bewegung greife bereits auf Deutschland über. Die Reichsregierung werde sich

eine weitere Senkung des Reichsbankdiskonts

angelegen sein lassen. Dem werde sich schrittweise das ganze Zinsniveau des Landes anpassen, sodaß auch der letzte Kreditnehmer mit verringerten Produktionskosten rechnen könne. Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung sei eine ausgesprochene Mittelstandspolitik, die die Erhaltung jener breiten, von den Kriegsfolgen besonders bedrängten Schicht des deutschen Bürgertums wolle. Die Regierung denke nicht daran, die Rechte des Volkes anzutasten. Sie sei im Gegenteil der Ueberzeugung, daß über nebensächlichen Dingen, über Parteigezänk und Machtfragen, die eigentlichen Rechte des Volkes vergessen worden seien, nämlich die Rechte, die sich auf Arbeit und Brot, auf die Freiheit des staatsbewußten Bürgers, auf den Eigenbereich der Familie, auf deutsche und christliche Erziehung und schließlich auf die Mitwirkung der Berufsstände im öffentlichen Leben beziehen. Die Regierung stehe vor der Aufgabe, das Volk instand zu setzen, diese seine Rechte wieder auszuüben. Nicht die Leute, so betonte der Kanzler, haben die Wesensgrundlage des Staates unterwühlt, die sich jetzt bereits seit fünf Monaten unter Einsatz ihrer ganzen Kraft bemühen, den Schutt der letzten 13 Jahre fortzuräumen, sondern die Führer und die Parteien, die in jenen 13 Jahren Deutschland mit ihrem Streit erfüllt haben, die sind es gewesen, die die Grunlagen unseres Verfassungslebens ins Wanken gebracht haben. Die Regierung sehe ihre Aufgabe darin, die sozialen und politischen Einrichtungen wieder so auszubauen und zu befestigen, daß eine neue unerschütterliche Grundlage für die Rechte des Volkes gelegt werde. Die deutsche Wirtschaft werde nicht gefestigt werden können ohne gleichzeitige Wiederherstellung gefestigter politischer Verhältnisse.

Zum Schluß warf der Kanzler noch einen kurzen Rückblick auf die Zeit seit seiner Uebernahme des Kanzleramtes. Er erwähnte die Befreiung des deutschen Volkes von unerträglicher Schuldenlast in Lausanne, die Anmeldung des unverzichtbaren Anspruches auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit in Genf.. Die Regierung wisse, daß sie mit dem Kampf um Recht und Freiheit die Forderungen des ganzen Nation erfülle. „Ich muß es als den

Gipfel blinder Parteilichkeit

bezeichnen, wenn der Führer der nationalsozialistischen Bewegung aus unwahren Tatsachen dem Ausland Waffen gegen die eigene schwer ringende Regierung schmiedet. Ich beklage dieses Verhalten im nationalen Interesse. Aber auch dieser Dolchstoß wird uns nicht verhindern, den Kampf um Deutschlands Recht gradlinig zu führen."

Der Kanzler schloß mit der Versicherung, daß es in den vergangenen fünf Monaten noch keinen Tag gegeben habe, an dem die Reichsregierung nicht in allen ihren Mitgliedern völlig einig und geschlossen gewesen wäre, ohne Rücksicht auf Parteien, Klassen oder Interessengruppen ihre Pflicht gegenüber Gott und dem Vaterlande zu tun. Der Wahlspruch „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!" beendete die Ausführungen des Kanzlers.

Die Ausführungen des Kanzlers wurden durch den Beifall der Versammelten mehrfach unterbrochen. Am Schluß dankten die Anwesenden dem Kanzler durch minutenlanges Händeklatschen.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes

Verteiltes Recht

Leipzig, 25. Okt. In der verfassungsrechtlichen Streitsache der Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Reich verkündete der Präsident des Staatsgerichtshofes, Dr. Bumke, heute vormittag kurz nach 12 Uhr das Urteil. Danach ist die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juni 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit der Reichspräsident die Befugnisse der Preußischen Minister auf beauftragte Personen übertragen hat. Diese Einsetzung von beauftragten Personen darf sich jedoch nicht auswirken auf die Befugnisse der Preußischen Minister in der Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat, im Landtag, im Staatsrat und anderen Ländern gegenüber. Soweit Anträge hier nicht entgegenstehen, sind die getroffenen Maßnahmen zurückzuziehen.

Gerüchtemacher

Es liegt nahe, daß in Zeiten vor einer Wahl allerlei politische Gerüchte kolportiert werden. Wenn Herr Straßer eine Rede gehalten hat, die eine Verbeugung vor den Gewerkschaften aller Richtungen darstellte, so wird gleich behauptet, im kommenden Reichstage werde eine gemeinsame Linie zwischen Zentrum, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gefunden werden. Das sind Uebertreibungen, die ohne weiteres zu erkennen sind. Die Sozialdemokraten haben denn auch eine scharfe Absage an solche Kombinationen erteilt. Es ist nur richtig, daß Straßer durch seine Rede auch nach außen hin einen gewissen Gegensatz zu Hitler aufgezeigt hat. Dann kam das Gerücht von Verhandlungen zwischen dem Reichswehrminister von Schleicher mit Brüning in Badenweiler. Es wurde durch ein rasches Dementi abgetan. Die „Tägliche Rundschau", die besonders rührig auf dem Gebiete falscher Behauptungen ist, hat dann die Meldung wiederholt, daß ein scharfer Gegensatz zwischen den Ministern Warmbold und Frhr. von Braun vorhanden sei. Man kann sich zwar denken, daß der Reichswirtschaftsminister und der Ernährungsminister in den Fragen der Handelspolitik gemäß den Aufgaben ihrer Ressorts nicht immer derselben Meinung in Einzelfragen sind, darüber hinaus aber sind die Behauptungen von dem Ausscheiden des einen oder anderen Ministers als unrichtig festgestellt worden. Jetzt soll ein neuer Gegensatz zwischen Frhr. v. Braun und dem Finanzminister Grafen Schwerin-Krosigk vorhanden sein, weil dieser Bedenken gegen die finanziellen Folgen der letzten Notverordnungen zugunsten der Landwirtschaft haben soll. Auch das ist als falsch zurückgewiesen worden. Schließlich mußte dementiert werden, daß der Reichskommissar Dr. Bracht an einer Besprechung zwischen Hitler und Thyssen in Essen teilgenommen habe. Das ist ein ganzes Bukett von Falschmeldungen. Man soll in der nächsten Zeit Neugierige warnen, auf jedes neue Gerücht hereinzufallen.

Senkung der Siedlerrenten

Berlin, 24. Okt. Die Reichsregierung hat beschlossen, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft und insbesondere in Anbetracht der Entwickelung der Preise, namentlich der landwirtschaftlichen Veredelungserzeugnisse, die Jahresrentenleistungen für sämtliche mit Reichsmitteln angesetzten landwirtschaftlichen Siedler einschließlich der Flüchtlingssiedler auf die Dauer von zwei Jahren, beginnend am 1. Juli 1932 auf 3,5 v. H. zu senken. Die näheren Bestimmungen über die Durchführung dieser Rentensenkung werden demnächst bekanntgegeben.

Ein Brief an Hitler

Bremen, 25. Oktober. Der von seinem Amt als Präsident der Bürgerschaft zurückgetretene bisher nationalsozialistische Rechtsanwalt Dr. Backhaus, der auch auf sein Bürgerschaftsmandat verzichtet hat, begründet in einem Brief an Adolf Hitler ausführlich seinen Austritt aus der NSDAP. Dr. Backhaus verweist zunächst auf seine vergebliche Hoffnung, daß Hitler den Bruderkampf der besten Deutschen, insbesondere innerhalb der Harzburger Front, mit einem Machtwort ein Ende bereiten würde, und gibt dann seinen Unwillen darüber kund, daß Hitler „allem Haß und Hader gegen Andersdenkende, dem einseitigen Klassenkampf, den

SLUB
Wir führen Wissen.